die Arbeitnehmer einen weitgehenden Rechtsschutz gegenüber etwaigen willkürlichen Maßnahmen von Arbeitgebern und gegenüber drohender Erwerbslosigkeit erhalten. Das Arbeitsministerium fordert deshalb folgende Verbesserungen zugunsten der Arbeiterschaft und der Volkswirtschaft: 1. Die Tätigkeit der Demobilmachungsbehörde soll nicht nur eine untersützende sein; diese Behörde soll künftig das Recht haben, ein Verbot des Abbruches oder der Stillegung auszusprechen. 2. Die Beschlagnahme und Enteignung soll sich künftig nicht nur auf die Vorräte und die bedrohten oder betroffenen Gegenstände, sondern auf den gesamten Betrieb erstrecken dürfen. 3. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, mit Hilfe der Beschlagnahme und Enteignung die Weiterführung von Betrieben im Interesse der Allgemeinheit durch eine öffentliche Stelle auch gegen den Willen des Arbeitgebers durchzuführen. 4. Künftig soll die Festsetzung des Preises bei Enteignungen durch die Demobilmachungsbehörde endgültig und unanfechtbar sein; ferner soll bei Beschlagnahmen und Enteignungen die Höchstgrenze des Tagespreises der Entschädigungen durch die Demobilmachungsbehörde niedriger festgesetzt werden können. 5. Die Fristen, insbesondere die kurzgestellten Fristen für die Ermittlung der Hilfsmaßnahmen und für die Durchführung der Beschlagnahme und Enteignung sollen wesentlich verlängert werden. Das Arbeitsministerium hofft, daß durch die Verwirklichung dieser Anregungen die Betriebsanlagen geschützt und der Volkswirtschaft erhalten und die Interessen der Arbeiter mehr als bisher berücksichtigt werden. Es hat Vorsorge getroffen, daß die Behandlung der Angelegenheit durch die Reichsregierung nach Möglichkeit beschleunigt wird.

— * **Die Reisekostenvergütungen** für die sächsischen Staatsbeamten waren angesichts der veränderten Teuerungsverhältnisse in jeder Weise unzeitgemäß geworden. Bei jeder Dienstreise mußten die Beamten aus der eigenen Tasche zuzahlen, um die Reise ausführen zu können. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hatte darum einen Antrag gestellt, die eine den Zeitverhältnissen entsprechende Regelung des Reisekostenwesens bezweckte. In der Donnerstagsitzung des Sächsischen Landtages erklärte nun der Minister des Innern Lipinski, daß die Regierung in Anlehnung an den neuesten Erlaß der Reichsregierung eine Erhöhung der Reisekostenvergütung beschließen werde.

* **Gröba.** Auf vielseitigen Wunsch hin wird die Frühlings-Aufführung von Anita Lambeck „Die Wurzelkinder" am 25. d. Mts. im Gasthof Große von den Gröbaer Strickkindern zum 2. Male gespielt. Es wird vorher ein Vortrag mit Dichtungen: „Des Kindes Tageslauf" gelesen. Der Reingewinn soll den bedürftigen Großmütterchen zufließen.

Dresden. In einer Familie in Dresden-Nitz heirateten in den letzten Wochen Vater und Sohn zwei Schwestern. Ersterer eheltichte vor 14 Tagen die ältere, letzterer am Sonntag die jüngere Schwester. Die ältere Schwester ist demnach die Stiefmutter der jüngeren. Auch sind sie Schwägerinnen und Vater und Sohn Schwager geworden.

Großcotta bei Pirna. Der 52 Jahre alte Fabrikwächter W. aus Ottendorf war am Mittwoch abend gegen 9 Uhr auf dem Wege von Ottendorf nach seiner Dienststätte in Rottwerndorf. In der Nähe des hiesigen Bahnhofes wurde er auf der Straße von einem Auto überfahren. Die Insassen kümmerten sich nicht um den Ueberfahrenen, sondern fuhren in der Richtung nach Berggießhübel zu weiter. Der Verunglückte wurde erst später im Blute liegend aufgefunden, er hatte einen schweren, komplizierten linken Unterschenkelbruch und eine Kopfverletzung davongetragen.

* **Zwickau.** Vor mehreren Wochen wurden 32 Obstbäumchen auf der Straße nach Alberoda abgeknickt. Es war gelungen, den Täter zu ermitteln, der zur Zeit in Zwickau seine Strafe verbüßt. Nun wurden vergangene Woche abermals fünf und in der Nacht zum Dienstag wiederum 18 Bäume geknickt. Der Polizeihund verfolgte die Spur und lief geradewegs in das Haus der Eltern des in Zwickau Inhaftierten, wodurch der Verdacht entsteht, daß Familienangehörige, um den Sohn zu entlasten, diese Frevel taten nochmals ausgeführt haben.

* **Oelsnitz i. E.** In Oelsnitz i. E. wurde der 22jährige Bergarbeiter Kalms aus Gersdorf verhaftet, der im Verdacht steht, beim letzten Streik die Kesselfeuer aus dem Augustaschacht herausgerissen zu haben, wodurch die arbeitenden Bergleute an der Ausfahrt verhindert wurden.

* **Reichenbach i. V.** Eine durch Nebenumstände tiefbetrübliche Strafsache gelangte jetzt zur Aburteilung. In Reichenbach machte sich ein im 82. Lebensjahre stehender Mann, der sich sein langes Leben hindurch straffrei gehalten, der gewerbsmäßigen Hehlerei schuldig und mußte — da eine andere Strafmöglichkeit nicht besteht — zur Mindeststrafe von einem Jahre Zuchthaus verurteilt werden. Es handelt sich um die Verarbeitung von gestohlenem Garn im Werte von mehr als 16 000 Mark. Die Diebe, die dem Greis das ihrem Arbeitgeber entwendete Gut zugeführt, erhielten Gefängnisstrafen von einem Jahr und zwei Monaten, bezw. 7 Monaten und drei Jahre Ehrverlust auferlegt.

)(**Leipzig.** In letzter Zeit waren des öfteren Artikel mit der Aufschrift „Reichswehr im Dienste der Deutschnationalen" in hiesigen Blättern gebracht worden. Gestern abend gegen 6 Uhr sind daraufhin auf Veranlassung des Standortkommandos auf dem Augustusplatze zwei Personen in Uniform zur Feststellung ihrer Personalien durch die Polizei auf eine in der Nähe befindliche Polizeiwache gebracht worden. Die dortige Untersuchung hat ergeben, daß es nicht Angehörige der Reichswehr waren.

* **Leipzig.** Großes Aufsehen erregte seinerzeit in Leipzig die Entführung einer 15jährigen Haustochter durch ihren Liebhaber, den 30 Jahre alten Händler Joseph Nowara. Nowara, der verheiratet ist, hatte das Mädchen in Hannover, wo es seine Ferien verlebte, kennen gelernt und verführt. Im September des vergangenen Jahres stahl die Verführte auf sein Anstiften hin ihrer Tante in Leipzig eine Geldsumme von 200 000 M sowie Schmucksachen im Wert von etwa 4000 Mark. Nur leicht bekleidet ergriff sie in der Nacht die Flucht, wo sie auf der Straße von Nowara mit einem Auto erwartet wurde. Das Pärchen fuhr dann von einer Stadt zur andern, wobei das Geld mit vollen Händen ausgegeben wurde, bis es endlich gelang, die beiden in Delmenhorst, wo Nowara in eine Prügelei verwickelt worden war, zu verhaften. Jetzt fand die Angelegenheit ihr Nachspiel vor der 3. Strafkammer des Leipziger Landgerichts, die Nowara zu 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust und das verführte Mädchen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte. Wegen Beihilfe zu der Entführung wurde der Werkmeister Gäfe zu sieben Monaten Gefängnis und einjährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine Protestnote an den Völkerbund. Die Regierungskommission des Saargebietes hatte angeordnet, daß vom 1. Mai d. J. ab im Saargebiete die Gebühren bei der Post und Eisenbahn in Franken erhoben, sowie die Gehälter und Löhne bei diesen Verwaltungen in Franken gezahlt werden sollen. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung wegen dieser Verordnung eine Protestnote an den Völkerbund und an die Regierungskommission des Saargebietes gerichtet, in der erklärt wird, daß diese Verordnung gegen den Vertrag von Versailles verstoße.

Das Sondergericht Halberstadt fällte nach zweitägiger Verhandlung gegen eine Reihe Kommunisten wegen Beteiligung an dem Dynamitraube aus dem Schacht Braunsumpf bei Blankenburg vor den Pfingstfeiertagen das Urteil. Sie erhielten wegen schweren Raubes und Verbrechens gegen § 5 und 7 des Sprengstoffgesetzes der Angeklagte Mayer aus Aschersleben 10½ Jahre Zuchthaus, 6 Angeklagte je 5 Jahre, 6 Angeklagte je 3 Jahre, 4 Angeklagte je 2½ Jahre und ein Angeklagter 2 Jahre 2 Monate Zuchthaus. Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 8 Jahren bis 8 Monaten.

Das Programm der neuen Regierung in Mecklenburg. In der gestrigen Sitzung des Landtages gab der Mitglieder-präsident Stelling eine Regierungserklärung ab, in der er u. a. folgende neuen Programmpunkte verlas: 1. Sicherung der Verfassung des mecklenburgischen Freistaates in der deutschen Republik gegen jeden ungesetzlichen Angriff von rechts oder links. 2. Demokratisierung der Verwaltung. 3. Ausbau der Selbstverwaltung der Aemter unter Beschränkung der Befugnisse der Drosten auf das im Staatsinteresse notwendige Mindestmaß. 4. Sicherung und Ausbau der bestehenden Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten. 5. Sicherung und Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen auch auf dem Gebiete der Rechtsentwicklung. 6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot sowie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Beschaffung von Arbeit. 7. Förderung des Siedlungswesens. 8. Durchführung der Trennung von Kirche und Schule. 9. Einführung der Einheitsschule.

Der rätselhafte Herry entdeckt. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, die Person und den Aufenthalt des rätselhaften Herry, der bei den Berliner Anschlägen eine bedeutende Rolle spielte, ausfindig zu machen. Es handelt sich um einen gewissen Wilhelm Häring aus Magdeburg, der augenblicklich in Halle in Haft sitzt, da ihm wegen seiner regen Beteiligung an den jüngsten kommunistischen Unruhen in Mitteldeutschland verschiedene Vergehen zur Last gelegt werden.

Die Thüringer Staatspolizei. Zu der Beurlaubung des Leiters der thüringischen Staatspolizei, des Majors Müller-Brandenburg wird jetzt amtlich gemeldet, daß seitens des Reichsministeriums des Innern gegen Müller-Brandenburg ein Verfahren wegen staatsgefährlicher Umtriebe eingeleitet wurde. Die thüringische Staatspolizei ist in der Angelegenheit der Befreiung von Schwerverbrechern aus dem Gothaer Gefängnis schwer kompromittiert worden.

Die Stockung des Güterverkehrs an der Zollgrenze. Wie die „Tägl. Rundschau" aus München berichtet, trafen dort Meldungen aus der Pfalz ein, daß der gesamte Güterverkehr an der neuen Zollgrenze stocke. An den Zollabfertigungsstellen in Ludwigshafen, Speyer und Germersheim seien keine deutschen Beamten mehr tätig. Für die Strecke Mannheim—Ludwigshafen—Worms wurde die Zurückstellung der Güter angeordnet.

Internationaler Kongreß der Transportarbeiter. In der vorgestrigen Sitzung des internationalen Kongresses der Transportarbeiter in Genf erstattete die Sonderkommission der Eisenbahner einen Bericht, in dem beantragt wird, alle angeschlossenen Unionen über Möglichkeit der Teilnahme der Eisenbahner bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen und an den Verwaltungen der Eisenbahnen zu befragen. Der Bericht wurde angenommen. Eine Sonderkommission der Transportarbeiter brachte 4 Resolutionen ein, von denen die erste sich auf die Forderungen der noch nicht organisierten Dockarbeiter bezieht, sie wurde mit dem Zusatz angenommen, daß eine internationale Konferenz der Handlanger und Dockarbeiter einzuberufen ist. Die zweite Resolution, die die Verteidigung des Achtstundentages und die Beibehaltung der gegenwärtig bezahlten Löhne betrifft, wurde angenommen. Die dritte Resolution über die Beschäftigung der Hafen- und Dockarbeiter wurde nach kurzer Debatte an den Generalrat zurückverwiesen. Die vierte Resolution, die die Schaffung eines besonderen Amtes für Hilfshafenarbeiter verlangt, das ihnen Löhne auszahlen soll, auch wenn sie keine Arbeit haben, oder krank sind, wurde angenommen.

Einigungsbestrebungen in der Kriegsbeschädigtenbewegung. Am 16. und 17. April 1921 traten die Vertreter sämtlicher Kriegsopferorganisationen Deutschlands zu einer Besprechung in Weimar zusammen, die die Vereinigung aller Organisationen auf der Grundlage des vom Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Deutschlands, e. V., Sitz Leipzig und des Bundes Deutscher Kriegsbeschädigter e. V., Sitz Hamburg aufgestellten Vereinigungsgrundlage zum Ziele hatte. Der erste Tag der Beratungen endete damit, daß sich der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener Berlin selbst ausschloß durch die Erklärung, mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Berlin und dem internationalen Bund der Kriegsopfer Deutschlands trotz ihrer grundsätzlichen Anerkennung der aufgestellten Gesichtspunkte nicht zu verhandeln. Die Beratungen wurden am folgenden Tage zwischen dem Einheitsverband Leipzig, dem Reichsbund Berlin, dem Bund deutscher Kriegsbeschädigter Hamburg und dem Internationalen Bund-Berlin fortgesetzt. An diesem Tage stand die Frage der parteipolitischen und konfessionellen Neutralität auf der Tagesordnung. In diesem Punkte konnte ein Einvernehmen mit dem Internationalen Bund Berlin nicht erzielt werden, da derselbe den Standpunkt vertrat, daß die neue Organisation sich am Klassenkampfe beteiligen müsse. Dem konnten die noch anwesenden Kriegsopferorganisationen grundsätzlich nicht zustimmen. Der Internationale Bund Berlin hat sich daraufhin von den Verhandlungen zurückgezogen. Am Abend desselben Tages wurde unter den drei übrigen Organisationen ein vollständiges Einvernehmen dahingehend erzielt, daß die neue Organisation parteipolitisch und religiös neutral sein müsse, ohne Rücksicht auf Standesunterschiede. Sodann wurde zur Zusammensetzung der Organisation Stellung genommen, die nur aus Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen erfolgen soll. Den Organisationen angehörende Kriegsteilnehmer können auch in der neuen, vereinigten Organisation verbleiben. Eine neue Werbung von Mitgliedern unter den Kriegsteilnehmern soll nicht erfolgen. — Zur Behandlung aller weiteren Fragen in sozialpolitischer und organisatorischer Hinsicht ist eine neungliedrige, paritätisch zusammengesetzte Kommission eingesetzt, die bereits am 30. ds. Mts. zur weiteren Arbeit zusammentreten wird. Bei der Vereinigung dieser drei großen Kriegsopferorganisationen handelt es sich um den Zusammenschluß von weit über einer Million Kriegsbeschädigter u. Kriegerhinterbliebenen des deutschen Reiches.

Zum Verbot der „Hamburger Warte". Unsere Mitteilung über das Verbot der „Hamburger Warte" in Nr. 89 uns. Bl. vom 9. April d. Js. bedarf insofern der Richtigstellung, als die „Hamburger Warte" nicht ein kommunistisches, sondern ein nationales Blatt ist.

Rußland.

Trotzki auf dem Kriegspfad. Laut Londoner „Times" soll Trotzki in einer Rede erklärt haben, daß das Rote Heer in Kürze eine Offensive im Westen beginnen soll, sowie einen Vergeltungskrieg gegen Polen. — Inzwischen stellt ein Blatt in Helsingfors fest, daß die Rote Armee die Aufstände in Sibirien und in der Ukraine nicht unterdrücken kann.

England.

Vom Bergarbeiterstreik. Die Bergleute haben einer Zusammenkunft mit dem Premierminister und den Bergwerksbesitzern zugestimmt, die gestern nachmittag stattfinden sollte. Die Besprechungen der Bergarbeiter sind auf heute verschoben worden. — Reuter meldet ferner: Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter nahm eine Vertrauenstagesordnung für den Sekretär und den Vollzugsausschuß an und erhob Einspruch gegen die offizielle Erklärung des Arbeiterdreibundes über den Widerruf des Streiks. Die Berichte aus den einzelnen Bergwerksbezirken unterstützen [illegible] Forderung nach einem Nationalisierungsamt und nach Nationalisierung der Bergwerke.

Die Rheinschiffahrtsfrage.

Der Pariser Friedensvertrag hat in seinem Artikel 368 das Mannheimer Abkommen vom 17. Oktober 1868 teilweise außer Wirkung gesetzt. Die einschneidenden Aenderungen, die damaligen und in den folgenden Verträgen bezweckten nicht nur, Frankreich in seine neuerwarmten Rechte als Rheinuferstaat einzusetzen, sondern auch die Stellung Deutschlands zu schwächen und auch in der Rheinfrage eine Ueberherrschung der Alliierten zu schaffen. Die einseitige Regelung des Siegerbundes, mit der Deutschland sich gezwungenermaßen abfinden mußte, hat besonders in Holland verstimmt, weil die Interessen dieses Landes und seine Stellung als wichtiger Uferstaat nicht berücksichtigt wurden. Während früher die Uferstaaten je eine Stimme in der Zentralkommission hatten und der Vorsitz jährlich wechselte, hat Frankreich 5 Stimmen und den ständigen Vorsitz, Deutschland 4 Stimmen und Holland nur 2 erhalten, während auch die Nichtuferstaaten, England, Belgien und Italien, je zwei Stimmen haben sollten. Die Schweiz sollte gleichfalls aufgenommen werden. Die starke Verstimmung in Holland kam u. a. dadurch zum Ausdruck, daß die holländische Regierung zu der ersten Konferenz des neuen Zentralausschusses keine Delegierten entsandte. Die indessen gepflogenen Verhandlungen haben zu einer Aenderung des ursprünglichen Planes dahin geführt, daß u. a. Holland anstatt zwei, drei Stimmen im Rat erhalten soll. Die holländische Regierung hat infolge dieser Verhandlungen sich entschlossen, sich mit der neuen Lage zufrieden zu geben, aber die holländische öffentliche Meinung ist noch keineswegs beruhigt. Wiederholt kommt in der Presse zum Ausdruck, daß das Mannheimer Regime niemals zu irgendwelchen Beanstandungen Anlaß gegeben habe. Selbstverständlich findet man es notwendig, daß jetzt auch Frankreich die vor 1871 innegehabten Rechte wieder erhält, aber die Aenderungen am bestehenden Regime sollten auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben. Man befürchtet, daß Frankreich und seine Verbündeten ihre Machtstellung ausnützen könnten. Besonders wird die Gefahr beachtet, daß zugunsten der vielen Kanäle, welche geplant sind, dem Rhein soviel Wasser entnommen werden könnte, daß die Schiffbarkeit des Stromes selbst in der trockenen Jahreszeit darunter leiden könnte. Da diese Frage auch für die Schweiz sehr große Bedeutung hat, betont man, daß die Interessen Hollands und der Schweiz hier parallel gehen und man hofft auf ein Zusammengehen beider Staaten, falls dies sich als notwendig herausstellen sollte. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Abgabefreiheit auf dem Strom. Man erinnert sich, daß Holland seiner Zeit mit Deutschland auch über diese Angelegenheit verhandelt u. konsequent für die vollkommene Freiheit des Verkehrs sich eingesetzt hat. Eine letzte und wesentliche Frage ist die der Souveränität über das Stromgebiet im jeweiligen Lande. Auch hier werden die Holländer, die jetzt sich weiter an den Sitzungen des Rheinschiffahrtsrates beteiligen werden, den Standpunkt vertreten, daß Holland innerhalb seiner Landesgrenzen die vollständige Souveränität über den Rhein besitzt. Die holländische Oeffentlichkeit wird keineswegs geneigt sein, irgendeine definitive Regelung gutzuheißen, welche diese vitalen Wünsche nicht berücksichtigt, und unter dem Drange der öffentlichen Meinung wird das holländische Parlament nur einen diesen Wünschen entsprechenden Vertrag ratifizieren. Deutschland kann dieser holländische Standpunkt nur angenehm sein.

Riesaer Ferienwanderungen.

„O wunderschön ist Gottes Erde!" Beglückt jauchzt es das Menschenkind, dem es vergönnt ist, auf rüstiger, froher Wanderfahrt sich recht innig und herzlich an den Herrlichkeiten der ewig jungen Mutter Natur zu erfreuen, ganz besonders, wenn ihm das Glück beschieden ist, den Schritt einmal weiter als zu den bereits bekannten und durchwanderten Gebieten der engeren Heimat hinzulenken, neue Gegenden zu erschauen, den Blick schweifen zu lassen über liebliche Täler und waldige Höhen, hinab in herzbeklemmende Abgründe und empor an himmelstarrenden Felsendomen. Auch unsere Riesaer Jungen und Mädel haben in den Jahren vor dem Kriege oft dieses Glück genossen, und es werden Hunderte junger Leute noch heute in freudiger Dankbarkeit jener prächtigen Wandertage gedenken, die sie im Kreise fröhlicher Gefährten in unseres Sachsenlandes schönsten Gauen durchlebten.

Schon häufig bin ich gefragt worden, ob wir denn nicht auch eine solche größere Reise wieder einmal anstellen wollten. Ja, wenn die Sorge um ausreichende Verpflegung nicht gewesen wäre, und wenn die Kosten für alles Notwendige nicht das Fünf- und Zehn- und Mehrfache gegen früher betrügen! Aber freilich — der Anfang muß schon wieder einmal gemacht werden, die schlimmsten Nöte sind ja gottlob vorbei, und ich denke, es gibt wieder so viel an Lebensmitteln zu erstehen, daß wir um das leibliche Wohlbefinden unserer jungen Wanderer — auch wenn sie tüchtigen Hunger kriegen — nicht mehr besorgt zu sein brauchen. Deshalb habe ich für die kommenden Pfingstferien das schöne Wanderheim in Schöna bei Schandau auf einige Tage für uns gesichert; das wollen wir als Standquartier benutzen und von hier aus Ausflüge durch die ganze Sächsische Schweiz unternehmen, um deren hervorragendste Schönheiten kennen zu lernen und zu genießen: den Winterberg und die Bastei, die Kaiserkrone, den Lilien- und den Königstein, den Uttewalder Grund und die Schwedenlöcher usw., ja wir wollen auch einmal hinüber nach Böhmen — jetzt sagt man stolz „in die Tschechoslowakei" — zum Prebischtor und dann mit dem Boote durch die herrliche Edmundsklamm, und auf der Hinreise werden auch noch einige Sehenswürdigkeiten von Dresden mitgenommen.

Ja, höre ich sagen, das wird ja wohl sehr schön werden — aber die Kosten: das teure Fahrgeld, Gebührerfahrten, Bootfahrt, Uebernachtung, Essen und Trinken für vier Tage! Nun freilich, für 10 bis 15 Mark wie früher geht das heute nicht mehr, mit 80 Mark müssen wir wohl schon rechnen. Aber wenn wir bedenken, daß den meisten Jungen jetzt eine Reise mit den Eltern gleich gar nicht möglich ist, wird dieser Betrag immer noch erschwinglich erscheinen, da ihnen ja damit ein Erlebnis dargeboten wird, an dem sie gar manches Jahr werden zehren können. Die Teilnehmerzahl kann wegen der in Schöna vorhandenen Betten nur eine beschränkte sein, mehr als 20 sind nicht unterzubringen. Deshalb ist es ratsam, sich bald bei mir anzumelden; es gibt ja auch noch mancherlei vorher gemeinsam zu besprechen. Die Altersstufen von etwa 13—15 Jahren werden in erster Linie berücksichtigt.

Also Wanderheil, liebe Riesaer Jungen, zu glücklicher Maienfahrt in die schöne Sächsische Schweiz!

Leiter Rich. Hofmann,
für den Ortsausschuß für Jugendwanderungen.

Besser als bittere Mandeln und Zitronen
dabei billiger, bequemer und gesünder sind
Dr. Reppins Backöle
„Bittermandel und Zitrone"
Versuchen Sie auch Dr. Reppins Vanillinpulver, Backpulver und Rum-Aroma.
Bezirks-Vertreter: Gustav Viehhäuser, Riesa, Weißiusstr. 30.